

Redebeitrag Invalidenstraße 6.9.2020 – Heiner von Marschall, VCD Nordost

Vier Menschen sind heute vor einem Jahr an dieser Stelle gestorben: Zwei junge Männer, aus England und Spanien, die zu uns nach Berlin gekommen waren. Und ein dreijähriges Kind mit seiner Großmutter. Vor den Augen der Mutter und eines weiteren Geschwisterkindes. Getötet von einem SUV, der außer Kontrolle geraten war.

Soweit bekannt ist, kam das schwere Fahrzeug dort aus Richtung Nordbahnhof, fuhr unter starker Beschleunigung auf der Gegenfahrbahn an den haltenden Autos vorbei, traf auf einen Mast, überschlug sich und traf die völlig ungeschützten Opfer. Diese starben, weil sie zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Wir möchten hier ausdrücklich nicht über individuelle Schuld richten. Auch der Fahrer dieses Fahrzeugs wird sein Leben lang von diesem Unfall gezeichnet sein.

Aber wir alle sind hier, weil wir möchten, weil wir erwarten, weil wir verlangen, dass ein solch furchtbarer Unfall nicht ohne Folgen bleiben darf. Wir alle, die wir in Berlin leben, fordern das Recht, dass wir uns in unserer Stadt sicher und unbedrängt von A nach B bewegen können, ohne um unser Leben oder unsere Gesundheit fürchten zu müssen.

Der Unfall hier in der Invalidenstraße vor einem Jahr hat in ganz Deutschland und darüber hinaus hohe Aufmerksamkeit erregt und Diskussionen ausgelöst. Das ist ungewöhnlich. Die meisten Verkehrsunfälle, auch mit Toten oder Schwerverletzten, bleiben eine Randnotiz, die achselzuckend zur Kenntnis genommen wird. Und genau das ist es, was wir nicht länger hinnehmen wollen!

Warum leisten wir uns ein Verkehrssystem, in dem jedes Jahr allein in Berlin wenigstens 40 Menschen sterben?

Im vergangenen Jahr 2019 starben im Berliner Straßenverkehr 40 Menschen. Vier davon hier an dieser Stelle. In diesem Jahr sind es, trotz Corona-Lockdowns, bereits Ende August schon 39 Menschen, die im Berliner Straßenverkehr getötet wurden. Darunter 15 Fahrradfahrer*innen und 14 Fußgänger*innen. Und in aller Regel sind es Autos die töten.

Auch deshalb müssen wir wegkommen von der autogerechten Stadt, hin zu einer menschengerechten Stadt, in der wir uns zurecht sicher fühlen dürfen.

Viele Menschen können sich bislang schlicht nicht vorstellen, sich anders als mit dem Auto durch die Stadt zu bewegen. Denn das sind sie ein Leben lang gewohnt

und kennen es nicht anders. Beginnend mit dem Elterntaxi, das sie in die Kita oder die Schule bringt.

Dabei gibt es viele Gründe, warum die Mobilitätswende kein Hirngespinnst ideologischer Autohasser ist, sondern eine schlichte Notwendigkeit:

Jedem denkenden Menschen muss klar sein, dass in der wachsenden Stadt das wachsende Mobilitätsbedürfnis nicht durch einen ebenso wachsenden Kfz-Verkehr erbracht werden kann. Schon jetzt sind die Straßen übervoll. Dafür ist schlicht kein Platz.

Wir brauchen wesentlich effizientere Verkehrssysteme, um auf begrenzten Flächen mehr Menschen Mobilität zu ermöglichen. Die also mehr Menschen pro Quadratmeter voranbringen.

Wo ein Auto fährt, können fünf Fahrräder fahren.

Wo drei Autos fahren, kann ein Bus 50 Menschen transportieren.

Wo wir eine Fahrspur wegnehmen, kann eine Tram auf eigenem Gleisbett 150 Menschen am Stau vorbeifahren.

Um dafür Platz zu schaffen, brauchen wir eine gerechtere Verteilung der knappen Straßenflächen. Gerade in der wachsenden Stadt muss es also deutlich weniger Autos geben.

Wo Menschen leben, soll es möglichst wenig Lärm und Abgase geben. Wer heute durch die Friedrichstraße geht, die seit zwei Wochen autofrei ist, wird den Unterschied merken.

Wir brauchen mehr Grünflächen und Straßenbäume, auch angesichts des Klimawandels, damit unsere Stadt nicht überhitzt.

Wir brauchen Spielplätze und Aufenthaltsflächen, um unsere Stadt lebenswert zu gestalten.

Und vor allem wollen wir Sicherheit, damit das Sterben im Straßenverkehr endlich aufhört.

Aus all diesen Gründen ist die Mobilitätswende eine schlichte Notwendigkeit.

Über die Vision Zero haben meine Vorredner gesprochen. Das möchte ich nicht wiederholen. Die Vision Zero hat Gesetzeskraft. Aber wir müssen uns und auch allen Senats- und Bezirksverwaltungen die Frage stellen, wie ernst wir es damit meinen.

Die Forderungen, die ADFC und Changing Cities diese Woche erhoben haben und die hier wiederholt wurden, mögen vielen als radikal und undurchführbar erscheinen. Sie sind aber nur konsequent, wenn wir die Vision Zero, keine Verkehrstoten mehr, wirklich über die vermeintliche Flüssigkeit des Auto-Verkehrs stellen wollen.

Seit gut zwei Jahren machen FUSS e.V. und wir als VCD Nordost, meist ist auch Changing Cities dabei und der ADFC unterstützt uns sehr mit seinen Erfahrungen,

gemeinsam Mahnwachen für getötete Fußgänger*innen, so wie der ADFC schon seit längerem Geisterräder für getötete Fahrradfahrer*innen aufstellt.

Wie wir immer wieder feststellen: Die Opfer sind zufällig. Zur falschen Zeit am falschen Ort. Jede und Jeden von uns kann es treffen.

Die Toten stehen damit stellvertretend für uns alle. Es sind unsere Toten. Und wir fordern deshalb regelmäßig die Solidarität der Stadtgesellschaft. Wir fordern daher seit langem konkret:

Eine Ombudsperson zur Unterstützung der Opfer und der Hinterbliebenen.

Und ein ehrendes und mahnendes Gedenken am Unfallort. Wo sichtbar wird, dass hier Menschen im Verkehr getötet wurden, verhalten wir uns anders. Und die allermeisten werden achtsamer und nehmen mehr Rücksicht aufeinander.

Im Grunde brauchen wir vier Dinge:

1. Eine Änderung unseres persönlichen Verhaltens, eine Entschleunigung und mehr Achtsamkeit füreinander
2. Den Umbau der autogerechten zur menschengerechten Stadt und eine Gestaltung des öffentlichen Raumes, in dem wir uns zurecht sicher fühlen dürfen
3. Eine Veränderung unseres Verkehrssystems, hin zum Vorrang des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere die Schwächeren wie Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen
4. Mehr Kontrolle und eine stärkere Sanktionierung von Fehlverhalten, das andere gefährdet.

Letzteres spricht auch die Bundesebene an:

Ich finde es schwer erträglich, dass der neue Bußgeldkatalog nicht in Kraft ist aufgrund eines formalen Fehlers im Bundesverkehrsministerium. Fehler passieren. Aber dann sollte man sie schleunigst und demütig korrigieren, anstatt sie für ein unwürdiges Geschacher zu missbrauchen. Herr Scheuer, wenn jemand innerhalb der Stadt mehr als 20 km/h zu schnell fährt, dann ist das kein Kavaliersdelikt, sondern eine fahrlässige Gefährdung anderer, die die charakterliche Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs in Frage stellt!

Autos können zu einem Werkzeug werden, das Menschen tötet. Ich unterstelle keinem Autofahrer, dass er das möchte oder bewusst billigend in Kauf nimmt. Aber das heißt auch: Es muss sichergestellt sein, dass jeder, der ein Kraftfahrzeug steuert, sowohl körperlich als auch geistig wirklich dazu in der Lage ist. Dieser Grundsatz dient dem Schutz aller Menschen, die sich im Straßenraum bewegen. Und dieser Grundsatz darf auch nicht durch Datenschutz oder Schweigepflichten außer Kraft gesetzt werden. Auch dies ist eine Lehre aus dem konkreten Unfall vor einem Jahr an diesem Ort.

Damit aus einem tödlichen Unfall Konsequenzen folgen können, um die Ursachen für die Zukunft zu beseitigen und Gefahren zu entschärfen, muss schnell geklärt werden,

wie das passieren konnte. Es ist schwer erträglich, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen ein Jahr nach dem Unfall immer noch nicht abgeschlossen sind. Ein Prozessbeginn ist daher heute gar nicht absehbar. Für die Hinterbliebenen, Familie und Freunde, ist diese Unklarheit besonders belastend, nicht zu wissen, warum ihre Lieben sterben mussten. Wir appellieren daher an alle Verantwortlichen, die Ermittlungen zügig zu einem Ende zu bringen, damit dieser Unfall mit vier Toten endlich auch gerichtlich geklärt werden kann.

Dieser Unfall war besonders. Und in einer Hinsicht gibt er auch Hoffnung. Das ist die große Anteilnahme, die dieser Unfall hier im unmittelbaren Umfeld gefunden hat. In der Kita, in der Schule und auch in der Kirchengemeinde, die letztes Jahr einen Trauer-Raum eingerichtet hat. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Kirchengemeinde am Weinberg auch heute um 19:00 Uhr eine Gedenk-Andacht in der St.-Elisabeth-Kirche anbietet.

Und noch etwas ist besonders: es haben sich nach dem Unfall Anwohner zusammengefunden, die gesagt haben: so kann es nicht bleiben, in unserem Kiez muss sich etwas ändern. Das ist außergewöhnlich, das haben wir bisher so nicht erlebt und auch das ist es, was Hoffnung gibt.

Gemeinsam haben sie eine Online Petition gestartet, die Stand gestern abends, fast 18.000 Menschen unterzeichnet haben. Und sie haben sich mit dem Bezirk und der Senatsverwaltung für Verkehr zusammengesetzt. Und damit haben sie auch etwas erreicht: Bereits kurz nach dem Unfall wurde von der Brunnenstraße bis zum Nordbahnhof eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angeordnet. Noch in diesem Jahr sollen geschützte Radwege angelegt werden, wo heute noch Autos parken. Denn auch parkende Autos sind gefährlich, sie nehmen die Sicht aufeinander und stellen oft Wege zu. Kommendes Jahr sollen die Tram-Haltestellen umgebaut werden und voraussichtlich wird ein Projekt starten, die Einmündungen fußgängerfreundlicher und sicherer zu gestalten.

Ich freue mich, dass heute auch die Politik von Bezirks- und Landesebene hier gut vertreten ist und mit uns trauert. Dafür danke ich Ihnen!

Ihnen sage ich:

Nein, es wäre nicht fair zu behaupten, dass sich in dieser Stadt im letzten Jahr nichts verändert hätte. Im Gegenteil, Berlin wird in ganz Deutschland und darüber hinaus als Vorreiter der Mobilitätswende gesehen. Und da sollten wir das, was sich getan hat und weiter tut, nicht geringschätzen.

Aber ich sage Ihnen auch: Das kann nicht genug sein. Das muss noch mehr werden, das muss noch besser werden, das muss auch vor allem noch schneller werden! Denn nach wie vor sterben Menschen in unseren Straßen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Und das muss sich endlich deutlich ändern.

Vier Menschen sind heute vor einem Jahr hier an diesem Ort gestorben. Und sie mahnen uns.

Für die vier Toten bitten wir Sie jetzt um vier Minuten Schweigen.